

Frau

Annette Widmann-Mauz MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 13.05.2011

Besucherfahrt nach Berlin, ehemalige DDR-Flüchtlinge
SPD-Antrag 17-5516

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

unser Freund Lutz K. hat berichtet, dass er an der Besucherreise einer Gruppe aus Ihrem Wahlkreis teilnimmt. Er ist Mitglied der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. Uns verbindet eine gemeinsame Erfahrung, nämlich die, dass die Ergebnisse unserer seinerzeitigen Eingliederungen aus Anlass der Herstellung der deutschen Einheit rückabgewickelt wurden. Der Gesetzgeber hat zu keiner Zeit den Auftrag dazu gegeben. Die Folgen sind gravierend.

Herr K. wird Sie sicherlich über die Grundtatsachen informiert haben.

Wir wenden uns seit mehreren Legislaturperioden an den Bundestag, bis vor kurzem ohne nennenswerten Erfolg. In den letzten Monaten hat es allerdings einige Entwicklungen gegeben, die uns vermuten lassen, dass eine Lösung des Konfliktes in Sicht ist.

Am 12.05.2011 ist der SPD-Antrag 17-5516, der einen konkreten Lösungsvorschlag enthält, in die Ausschüsse überwiesen worden. Wie die Abgeordneten der Union dazu stehen werden, ist höchst fraglich. Klare Meinungsäußerungen gibt es bislang noch nicht.

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, die nicht einer bestimmten Parteiprogrammatik zuzuordnen ist, glauben wir davon ausgehen zu können, dass, jedenfalls in rein sachlicher Hinsicht, der Zustimmung aller Fraktionen grundsätzlich nichts im Weg stehen dürfte.

Wir bitten Sie, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bei Ihren FraktionskollegInnen dafür einzusetzen, dass sie sich dem von der SPD-Fraktion vorgetragenen Anliegen nicht entgegenstellen.

Herr K. wird Ihnen die neueste Ausgabe der Zeitschrift „Freiheit und Recht“ übergeben. Sie finden hier einen Beitrag von uns, der das Augenmerk besonders auf die politische Dimension des Problems lenken will.

Im übrigen wird Ihnen Herr K. bestätigen, dass sich in den letzten Monaten die Medien sehr interessiert des Themas angenommen haben. Die ZEIT hat am 13. Januar 2011 einen großen Beitrag

unter dem Titel „Vom Rechtsstaat geprellt“ gebracht. Auch die Süddeutsche Zeitung hat sich in ihrer Ausgabe vom 05.04.2011 dem Thema gewidmet. Als Folge kamen sehr viele Leserbriefe, von denen sogar 9 veröffentlicht worden sind. Das zeigt doch, dass hier ein Problem angerissen wurde, das Zündstoff und Diskussionsbedarf in sich trägt.

Wir bitten Sie sehr herzlich, mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unter Ihren FraktionskollegInnen für die Bereitschaft zu sorgen, uns anzuhören. Daran scheitert es bislang noch vielfach. Es ist halt doch bequemer, sich an das vom BMAS vorgegebene Beurteilungsschema zu halten und nichts zu tun.

Am 09.06.2011 wird der Vorstand der IEDF erstmalig ein persönliches Gespräch mit Ihrem Fraktionskollegen Peter Weiß haben. Wir erhoffen uns davon einen Durchbruch. Die Zeit der unverbindlichen, beschwichtigenden, vertröstenden Untätigkeit dürfte vorbei sein.

Für den Ablauf Ihrer Besucherreise wünsche ich Ihnen einen guten Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)